

Hans Fenske

**Auf dem  
Weg zur  
Demokratie**



Hans Fenske

# **Auf dem Weg zur Demokratie**

**Das Streben nach  
deutscher Einheit  
1792–1871**



**Bibliografische Information  
der Deutschen Nationalbibliothek**

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese  
Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;  
detaillierte bibliografische Daten sind  
im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

**ISBN 978-3-95768-184-3**

**© 2018 Lau-Verlag & Handel KG, Reinbek**

**Internet: [www.lau-verlag.de](http://www.lau-verlag.de)**

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung  
und Verbreitung sowie der Übersetzung, vorbehalten.

Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form  
(durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren)  
ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert  
oder unter Verwendung elektronischer Systeme gespeichert, verarbeitet,  
vervielfältigt oder verbreitet werden.

Umschlagentwurf: pl, Lau-Verlag, Reinbek

Umschlagabbildung: © picture-alliance / akg-images

Satz und Layout: pl, Lau-Verlag, Reinbek

Druck und Bindung: GK Druck Gerth und Klaas GmbH & Co. KG, Hamburg

Printed in Germany

## Inhalt

Vorwort .....	7
I. Das Ende des alten Reiches .....	9
II. Acht Jahre voller Kämpfe .....	37
III. Die Neuordnung Deutschlands .....	59
IV. Der Deutsche Bund in den ersten Jahrzehnten .....	81
V. Der Reichsgründungsversuch der Paulskirche .....	115
VI. Das preußische Unionsprojekt .....	155
VII. Bismarck und die deutsche Frage 1851–1863 .....	169
VIII. Der dänische Krieg 1864. Gründe, Verlauf, Auswirkungen .....	189
IX. 1866: Der Zusammenprall Österreichs und Preußens .....	205
X. Die Gründung des Norddeutschen Bundes .....	247
XI. Die Luxemburg-Krise 1867 .....	257
XII. Die deutsche Frage 1867–1870 .....	273
XIII. Die spanische Thronfolgefrage .....	289
XIV. Die Julikrise 1870 .....	307
XV. Der Krieg mit Frankreich .....	339
XVI. Die Gründung des Deutschen Reiches .....	355
XVII. Würdigung .....	379

<b>Anhang</b> .....	387
Anmerkungen.....	389
Quellen und Literatur .....	415
Personenregister .....	429
Bildnachweis .....	439

## Vorwort

Am 6. August 1806 erklärte Kaiser Franz II. auf Drängen Napoleons unter Hinweis auf die wenige Tage zuvor erfolgte Gründung des Rheinbundes durch sechzehn west- und süddeutsche Fürsten, dass er das reichsoberhauptliche Amt als erloschen betrachte, sich deshalb von allen Pflichten gegenüber dem Reich losgelöst sehe und die kaiserliche Würde niederlege. Seit der Wahl des Frankenherzogs Konrad zum deutschen König in Forchheim 911 waren fast 900 Jahre verstrichen. Mit dem Untergang des Reiches hörte der Wunsch der Deutschen nach staatlicher Zusammengehörigkeit natürlich nicht auf, er gewann im Gegenteil in der Folgezeit sehr an Kraft. Bis ein neues Gemeinwesen der Deutschen unter dem Namen Reich am 1. Januar 1871 ins Leben trat, dauerte es fast zwei Menschenalter. Dem Weg vom alten zum neuen Reich ist die hiermit vorgelegte Darstellung gewidmet. Es handelt sich dabei nicht um eine deutsche Geschichte dieser Jahre im umfassenden Sinne, sondern um die Nachzeichnung einer sehr wichtigen Entwicklungslinie.

Für die Aufnahme dieses Buches in das Programm des Lau-Verlags und für seinen großen Einsatz bei der Fertigstellung bin ich Herrn Patrick Lau sehr dankbar.

Speyer, im Mai 2018  
Hans Fenske



# I.

## Das Ende des alten Reiches

Am 30. September 1790 wählten die Kurfürsten oder deren Bevollmächtigte nach anfänglich schwierigen Verhandlungen den habsburgischen Erzherzog Leopold zum Kaiser des Heiligen Römischen Reiches. Er folgte in diesem hohen Amt seinem Bruder Joseph II., der im Februar verstorben war. Seit 1765 war Leopold Großherzog der Toskana gewesen und hatte dort gegen zum Teil heftigen Widerstand tatkräftig für Reformen gesorgt. Im habsburgischen Länderkomplex sah er sich vor große Probleme gestellt, zumal in den österreichischen Niederlanden und in Ungarn. Die jahrzehntelangen Spannungen mit Preußen, die mehrfach zu Kriegen geführt hatten, zuletzt 1778/79, beendete er wenige Monate nach Antritt der Herrschaft durch den Vertrag von Reichenbach und sagte dabei zu, den seit 1788 gegen das Osmanische Reich geführten Krieg zu beenden, was 1791 geschah. Die Revolution in Frankreich beobachtete er in ihrer ersten gemäßigten Phase mit Sympathie. Seine Überlegungen zum Verfassungswesen waren sehr fortschrittlich. In einem Verfassungskonzept für die Toskana, das er 1782 zu Papier gebracht hatte, hieß es, kein Staat könne zu Recht bestehen, ohne dass ein Grundgesetz geschaffen werde, »welches die Grenzen der beiderseitigen Verpflichtungen und die dem Souverän [...] von der Gesamtheit der Bürger übertragene Machtvollkommenheit bestimmt.«<sup>1</sup> Die Entwicklung in Frankreich machte ihm aber bald Sorgen. Angesichts der sich dort sehr kräftig regenden radikalen Tendenzen fürchtete er, dass es zur Anarchie kommen und daraus eine Despotie erwachsen könne. Seine Schwester Marie Antoinette, die politisch sehr rege Gattin des französischen Königs Ludwig XVI., wünschte sich, er möge zugunsten der französischen Krone intervenieren. Seit der erzwungenen Rückkehr der königlichen Familie aus Versailles nach Paris im Oktober 1789 fühlte sich Ludwig XVI. als Gefangener. Auf ihre Anregungen reagierte Leopold II. indessen nur freundlich hinhaltend, und das Verlangen führender französischer Emigranten nach einer Intervention wies er zurück.

Im Juni 1791 floh Ludwig XVI. mit seiner Familie aus Paris. Er hatte das Unternehmen seit langem bedacht, und Marie Antoinette hatte es tatkräftig mit vorbereitet. Er wollte seine Unabhängigkeit zurückerlangen und an der Spitze loyaler Truppen Druck auf die Nationalversammlung und auf die Stadt Paris ausüben und die Schaffung einer Verfassung verhindern, die er ablehnte. In einem Manifest, das er hinterließ, sagte er, die Regierung müsse wieder auf festem Boden ruhen. Das Vorhaben, in das auch Leopold II. eingeweiht war, scheiterte kurz vor Erreichung des Zielortes. Die königliche Familie wurde unter demütigenden Umständen nach Paris zurückgebracht und unter strenger Bewachung in den Tuileries interniert, der König vom Amt suspendiert, solange er die kurz vor der Fertigstellung stehende Verfassung nicht anerkannt hatte. Der Fluchtversuch war ein tiefer Einschnitt. Er schadete dem Ansehen der Monarchie sehr und gab den radikalen Kräften erheblichen Auftrieb.

Als Leopold II. vom Scheitern des Fluchtversuchs erfuhr, richtete er Anfang Juli von Padua aus ein Schreiben an die russische Zarin und an die Könige von England, Preußen, Spanien, Sardinien und Neapel-Sizilien sowie an den Kurfürsten von Mainz und erklärte, es sei nötig, gemeinsam die Freiheit und Ehre des französischen Königs wieder herzustellen und der Revolution ein Ende zu bereiten. Darüber sollte eine Konferenz der angeschriebenen Mächte befinden. Die Reaktion auf das Rundschreiben war zögerlich. Nur auf Preußen konnte man in Wien fest rechnen. Ende August trafen sich Leopold II. und Friedrich Wilhelm II. von Preußen im sächsischen Pillnitz und unterzeichneten dort eine Deklaration. Sie verwiesen auf die Situation Ludwigs XVI. und sprachen die Hoffnung aus, dass die Empfänger des Rundschreibens von Padua sich nicht weigern würden, gemeinsam mit den unterzeichneten Majestäten die wirksamsten Mittel anzuwenden, um Ludwig XVI. in den Stand zu setzen, »in größter Freiheit die Grundlagen eines monarchischen Regiments zu festigen, die gleichermaßen den Rechten der Souveräne wie dem Wohl der französischen Nation entsprechen«. Der Kaiser und der König von Preußen seien entschlossen, mit den notwendigen Hilfsmitteln zu handeln, um das angestrebte Ziel zu erreichen. Sie würden gegebenenfalls »ihren Truppen die geeigneten Befehle erteilen, um sie in den Stand zu setzen, einzuschreiten«. <sup>2</sup> Der ebenfalls in Pillnitz anwesende Graf von Artois, der jüngste Bruder Ludwigs XVI. und als Karl X., von 1824 bis 1830 ebenfalls König von Frankreich, machte die Pillnitzer Deklaration unautorisiert sogleich öffentlich bekannt und gab ihr in seinem Kommentar dazu einen Sinn, den sie nicht hatte. Die beiden Monarchen kündigten keine bewaffnete Intervention an, sondern stellten

## *I. Das Ende des alten Reiches*

sie nur als möglich hin, in der Hoffnung, dass die gewünschte Konferenz der Mächte das unnötig machen werde. Als Ludwig XVI. gut zwei Wochen später, am 13. September, die mit dem 3. September datierte Verfassung anerkannte, konnte man annehmen, dass die in der Deklaration behandelte Thematik sich erledigt habe.

In Frankreich wurde die Deklaration als massive Drohung aufgefasst. Das wirkte sich auf die Stimmung gegenüber Deutschland aus. Sie war ohnehin schlecht. Ein wesentlicher Grund dafür waren die Aktivitäten der etwa 20 000 Emigranten, die in Deutschland Zuflucht gesucht hatten. Ein wichtiger Grund war auch, dass die deutschen Fürsten, die im Elsaß Besitz und landesherrliche Rechte hatten, die Streichung dieser Rechte durch die Nationalversammlung nicht hinnehmen wollten. Einige von ihnen hatten das Reichskammergericht angerufen, das gegen Frankreich entschieden hatte. Auch der Reichstag sprach im Juli 1791 eine Garantie der deutschen Rechte aus.

Im gemäß der soeben verabschiedeten Verfassung gewählten Gesetzgebenden Körper, der am 1. Oktober zusammentrat, war die Linke stärker vertreten als in der Nationalversammlung. Er nahm sich sogleich der Emigrantenfrage an. Im November verlangte er vom König, er solle diejenigen deutschen Fürsten, die die Bemühungen der Emigranten um die Aufstellung einer Interventionstruppe duldeten, dazu auffordern, diese Aktivitäten zu beenden. In dem Zusammenhang hieß es, durch die Nation gehe eine allgemeine Bewegung, sie wolle lieber Krieg als einen erniedrigenden Frieden. Der König entsprach dem Verlangen. Dem Kurfürsten von Trier, in dessen Herrschaftsbereich die Emigranten besonders tätig waren, stellte er schließlich ein Ultimatum. Am 14. Dezember erklärte er im Gesetzgebenden Körper, er habe nur wenige angemessene Antworten erhalten, einzig der Kaiser habe getan, was man von ihm erwarten konnte – Leopold II. hatte die französische Forderung gegenüber den deutschen Fürsten unterstützt. Des Weiteren kündigte Ludwig XVI. ähnliche Ultimaten wie das an den Kurfürsten von Trier ergangene auch gegenüber anderen deutschen Fürsten an. Finde er kein Gehör, bleibe ihm »nur noch übrig, die Kriegserklärung vorzuschlagen«.<sup>3</sup>

Zwei Tage später erklärte Jacques Pierre Brissot, der sehr einflussreiche Führer einer großen Gruppe von Abgeordneten auf dem rechten Flügel der Jakobiner, im Jakobinerklub, ein Volk, das nach tausend Jahren der Sklaverei die Freiheit erobert habe, brauche den Krieg. »Der Krieg ist zur Festigung der Freiheit unumgänglich.« Frankreich wäre entehrt, wenn es das aufwieglersche Handeln der Emigranten weiter dulde. »Wir müssen uns

rächen, wenn wir nicht der Schandfleck für alle Nationen sein wollen, wir müssen uns rächen, indem wir diese Räuberbande vernichten.« Andernfalls würden Parteiungen, Verschwörungen und Brandstiftungen andauern.<sup>4</sup> Knapp zwei Wochen später sagte er im Gesetzgebenden Körper, der Krieg sei im jetzigen Zeitpunkt eine nationale Wohltat, das einzige Unglück, das Frankreich zu fürchten habe, sei, dass es keinen Krieg geben werde. »Das ausschließliche Interesse der Nation rät zum Krieg.«<sup>5</sup> In einer neuerlichen Rede sagte er zwei Tage danach, die Zeit zu einem neuen Kreuzzug sei gekommen, zu einem Kreuzzug für die allgemeine Freiheit. Es gab weitere Befürworter des Krieges, allen voran Maximilien de Robespierre, der Präsident des Jakobinerklubs. Wenig später änderte er jedoch seine Meinung und nannte einen Krieg die größte Geißel, die die Freiheit treffen könne, eine ministerielle Machenschaft zum Verderben der Revolution. Offensichtlich war ihm bekannt geworden, welche Überlegungen am Hof zum Krieg angestellt wurden. Ludwig XVI. erwartete von der siegreichen Heimkehr der Truppen nach einem hoffentlich nur kurzen Feldzug eine Stärkung seiner Stellung. Eben diesen Effekt würde seines Erachtens auch eine Niederlage haben, denn dann würden die Sieger in seinem Sinne handeln.

Der weitverbreitete Wille zum Krieg entstammte nur zum Teil dem Gefühl des Bedrohtseins. Viel wichtiger waren andere Motive. In Brissots Wort vom Kreuzzug sprach sich Sendungsbewusstsein aus. Auch anderen Völkern sollten die Ideale der Revolution gebracht werden. Eine nicht geringe Rolle spielte auch der Wunsch nach territorialem Zugewinn. Einer der führenden Revolutionäre, Georges Jacques Danton, forderte die Erlangung der natürlichen Grenzen am Rhein und in den Alpen und nahm damit einen Gedanken auf, der seit langem eine gute Resonanz in Frankreich hatte. Erhebliches Gewicht hatte auch die Hoffnung, Frankreich könne durch die Wendung nach außen im Innern geeint werden.

Die kriegerischen Töne aus Paris wurden in den deutschen Hauptstädten nicht überhört. Leopold II. stellte sich auf einen französischen Angriff ein und ließ Vorbereitungen für die Abwehr treffen. Zusätzliche Mannschaften wurden einberufen. Deshalb beschloss der Gesetzgebende Körper Ende Januar, der Kaiser beweise mit seinem Handeln – Bereitstellung von Truppen, Streben nach einem Konzert der Mächte –, dass er den Krieg wolle. Bis zum 1. März müsse er seinen Friedenswillen beweisen. Am 7. Februar 1792 schlossen die Habsburgermonarchie und Preußen ein Defensivbündnis und sagten sich wechselseitigen Beistand bei einem Angriff durch eine dritte Macht zu. Sollte es zu einem Krieg mit Frankreich kommen und dieser glücklich ausgehen, wollten sie Gebietsveränderungen an der West-

## *I. Das Ende des alten Reiches*

grenze vornehmen. Das südliche Elsaß sollte dann Österreich zufallen, das nördliche an den Kurfürsten von der Pfalz gehen, der dafür Jülich und Berg Preußen überlassen sollte. Das französische Ultimatum wurde Mitte Februar höflich beantwortet. Der Kaiser ließ mitteilen, er werde maßvoll handeln. Damit wurde faktisch ein Interventionsverzicht ausgesprochen.

Leopold II. starb am 1. März 1792 im Alter von nur 44 Jahren nach kurzer Krankheit an einem eitrigen Lungenabzess. Sein 24-jähriger Sohn Franz II. folgte ihm in der Herrschaft, ein ausgeprägt konservativer Mann. Am 18. März erging ein neuerliches und jetzt viel schärfer formuliertes Ultimatum an Österreich, es solle abrüsten und das Bündnis mit Preußen aufgeben. Diesem Verlangen entsprach Wien selbstverständlich nicht. So schlug Ludwig XVI. am 19. April nach einstimmigem Votum des Ministerrates dem Gesetzgebenden Körper die Kriegserklärung an Franz, König von Ungarn und Böhmen, vor. Die habsburgischen Länder wurden bei der Titulatur bewusst übergangen, da sie zum großen Teil dem Reich angehörten, das Reich aber möglichst nicht in den Krieg einbezogen werden sollte. Das Parlament verabschiedete am nächsten Tag fast einstimmig eine Resolution und wies Franz II. darin die volle Verantwortung für den Krieg zu. Sein Verhalten komme einer Kriegserklärung gleich. In der Erklärung hieß es, »daß die französische Nation [...] keinen Angriffskrieg mit der Absicht von Eroberungen zu führen gedenkt und niemals ihre Macht gegen die Freiheit eines Volkes verwenden wird und die Waffen nur zur Verteidigung ihrer Freiheit und Unabhängigkeit ergreift«. Bei dem Krieg, zu dem die Franzosen gezwungen seien, handle es sich um die gerechte Verteidigung eines freien Volkes gegen den Angriff eines Königs.<sup>6</sup> Mit den Tatsachen hatte der Franz II. vorgehaltene Sündenkatlog nichts zu tun. Der Wiener Hof hatte den Emigranten keine offene Unterstützung gewährt, sondern die deutschen Fürsten um Zurückhaltung gebeten. Die Allianz mit Preußen war nicht offensiv gemeint, sie kam zustande, weil nach den Reden im Gesetzgebenden Körper ein französischer Angriff sehr wahrscheinlich war, und hatte mithin defensiven Charakter. Defensiv gedacht waren auch die Vorbereitungen an der Grenze. Das französische Ultimatum vom 18. März war alles andere als die Einladung zu einer freundschaftlichen Verständigung. Die landesherrlichen Rechte deutscher Fürsten im Elsaß waren wohlbegründet. Die Verantwortung für den Krieg, der sogleich begann, lag eindeutig bei Frankreich. Dass mit der Übergabe der Kriegserklärung am 26. April 1792 eine 23-jährige Epoche ineinandergreifender Kriege begann, die ganz Europa erfassten, Millionen Menschenleben forderten, Unsummen Geldes kosteten, vielfältige Schäden verursachten, die Grenzziehun-

gen sehr veränderten und die politischen Verhältnisse gründlich umgestalteten, sah im Frühjahr 1792 niemand voraus.

Preußen trat gemäß der Allianz vom 7. Februar sofort an Österreichs Seite. Die französische Armee war in keinem guten Zustand. Da viele höhere Offiziere emigriert waren, gab es Führungsprobleme. Der Mannschaftsstand hatte Lücken, die Disziplin war schlecht, es gab zahlreiche Fahnenfluchten. Auch die Ausrüstung wies Mängel auf. So verliefen die ersten Kämpfe für Frankreich unglücklich. Schon nach wenigen Wochen riet die militärische Führung dem König zu einem raschen Friedensschluss. Darauf ging er nicht ein, er wechselte das kriegswillige Ministerium Mitte Juni nur gegen Männer aus, die gegen den Krieg gewesen waren. Österreich und Preußen waren im April noch nicht ausreichend auf den Krieg vorbereitet. Die Bereitstellung ihrer Truppen im Westen dauerte drei Monate. Als sie abgeschlossen war, erließ der Oberbefehlshaber Herzog Karl Wilhelm Ferdinand von Braunschweig Ende Juli in Koblenz ein Manifest an die Franzosen, demzufolge die verbündeten Monarchen der Gesetzlosigkeit im Innern Frankreichs ein Ende machen wollten. Die Pariser wurden aufgefordert, sich dem König wieder zu unterwerfen. Andernfalls würden die beiden Monarchen eine für alle Zeiten denkwürdige Rache nehmen. Mit dieser Drohung bewirkte das Manifest das Gegenteil dessen, was es erreichen sollte. Die Bereitschaft der Franzosen zum Kampf nahm zu, die Forderungen nach Absetzung des Königs wurden lauter. Da sich dafür im Gesetzgebenden Körper keine Mehrheit fand, kam es in Paris in der Nacht zum 10. August zu einem Aufstand, der Hunderte von Toten forderte. Der König flüchtete mit seiner Familie in den Schutz des Gesetzgebenden Körpers, wurde von diesem aber vorläufig seines Amtes enthoben und interniert. Des Weiteren beschlossen die Abgeordneten die vorzeitige Auflösung des Parlaments und die Bestellung einer neuen Legislative nach allgemeinem Stimmrecht. Zu den Urnen gingen nur etwa 10 % der Wahlberechtigten. Dieser niedrige Hundertsatz ist damit zu erklären, dass offen abgestimmt werden musste und der Meinungsdruck der Linken inzwischen sehr stark war. Das neue Parlament, Konvent genannt, hatte eine klare linke Majorität. Es trat am 20. September zusammen und machte Frankreich am Tage darauf zur Republik.

Diese tiefe Zäsur der französischen Verfassungsgeschichte fiel fast auf den Tag genau mit einem entscheidenden Ereignis des Krieges zusammen. Die moselaufrwärts gekommene Armee des Herzogs von Braunschweig traf bei dem Dorf Valmy etwa 160 km östlich von Paris auf französische Streitkräfte in gut befestigter Stellung. Friedrich Wilhelm II. war für den

## *I. Das Ende des alten Reiches*

Angriff, aber der Herzog von Braunschweig hatte mit Rücksicht auf den Zustand seiner Truppen Bedenken und beließ es bei einer Kanonade. Sie hatte keine entscheidende Wirkung. Nach Verhandlungen mit der Gegenseite ordnete der Herzog den Rückzug an, der infolge von Krankheiten und schlechter Versorgung sehr verlustreich war. Vom Elsaß aus drang eine französische Armee in die Pfalz ein und stieß von da aus bis Frankfurt vor, das sie besetzte, aber noch vor dem Ende des Jahres wieder räumen musste. Im Norden eroberten die Franzosen ab Anfang November den ganzen belgischen Raum. Innerhalb weniger Monate war so die militärische Lage an Frankreichs Ostgrenze völlig verändert. Im Süden besetzten französische Truppen ohne Kriegserklärung Savoyen und Nizza, wichtige Teile der sardinischen Monarchie.

Über den abgesetzten König saß der Konvent ab Dezember wegen Hochverrats zu Gericht, als Belastungsmaterial diente dessen Geheimkorrespondenz mit dem Ausland, in der vielfach gesagt wurde, dass den Dingen in Frankreich eine Wende gegeben werden müsse. Am 16. Januar 1793 wurde mit deutlicher Mehrheit das Todesurteil ausgesprochen, es wurde fünf Tage später öffentlich vollstreckt. Nach der Hinrichtung brach England die diplomatischen Beziehungen zu Frankreich ab. Der Konvent erklärte daraufhin am 1. Februar England den Krieg, ebenso den Niederlanden. Spanien trat wenig später in die Reihe der Gegner Frankreichs ein. Die Kämpfe in den österreichischen Niederlanden, entlang des Rheins und in Savoyen verliefen in den Jahren 1793 und 1794 sehr wechselhaft, und die zahlreichen blutigen Schlachten forderten große Opfer. Spanien schlug sich in den Pyrenäen nicht sonderlich glücklich. Vielleicht wären die Feldzüge anders verlaufen, wenn Österreich und Preußen ihre ganze Kraft nach Westen hätten wenden können. Das war indessen nicht der Fall.

Polen, das seit langem sehr instabil war und im August 1772 etwa ein Drittel seines Gebietes an Russland, Österreich und Preußen hatte abtreten müssen, befand sich auf Reformkurs. Im Mai 1791 wurde eine neue Verfassung verabschiedet, die das Land unter Verweis auf die Souveränität des Volkes zu einem nach dem Grundsatz der Gewaltenteilung organisierten Gemeinwesen machte, dabei allerdings die dominierende Stellung des Adels nicht antastete. Der Thron sollte künftig nicht mehr durch Wahl besetzt werden, sondern im Hause Wettin erblich sein, also eine Personalunion zwischen Polen und Sachsen bestehen. Im Februar 1792 billigten die polnischen Provinzialversammlungen die Verfassung. Die russische Zarin Katharina II. war damit gar nicht einverstanden, sie sprach von einer Übertragung der französischen Krankheit an die Weichsel. Die Russland zu-

neigenden polnischen Adligen, eine starke Fraktion, waren mit den neuen Verhältnissen unzufrieden und schlossen sich in St. Petersburg zu einer Föderation zusammen, die bald nach einem im Grenzort Targowice erlassenen Manifest gegen die Verfassung benannt wurde. Am 18. Mai ließ die Zarin Truppen in beachtlicher Stärke in Polen einmarschieren. Nach dem im März 1790 auf Betreiben des preußischen Gesandten in Warschau abgeschlossenen preußisch-polnischen Vertrag wäre Preußen nun zur militärischen Hilfe verpflichtet gewesen. Das hätte den Krieg mit Russland bedeutet, eine Eventualität, die in Berlin niemand wollte. Preußen entzog sich der 1790 eingegangenen Verpflichtung mit der Feststellung, das Abkommen sei durch die Verabschiedung der Verfassung ohne Konsultation Preußens hinfällig geworden. Gegen die übermächtige russische Armee konnten die polnischen Truppen nur zwei Monate durchhalten. Um ein schlimmes Ende zu verhüten, trat der König der Föderation von Targowice bei. Damit war die Verfassung hinfällig.

Schon während der Kämpfe hatten russisch-preußische Verhandlungen über einen neuerlichen Gebietserwerb in Polen begonnen. Österreich war daran nicht beteiligt, weil es an der Verfassung vom 3. Mai 1791 und am Erbprinzip der Wettiner festhalten wollte. Nach dem Teilungsvertrag vom 23. Januar 1793 nahm sich das Zarenreich weite Gebiete im Osten Polens. Preußen erhielt mehr als es eigentlich haben wollte. Es bekam die Städte Danzig und Thorn und das sogenannte Großpolen, die Region westlich der Linie von der Südwestgrenze Ostpreußens bis zur Südostgrenze Oberschlesiens. Danzig und Thorn wurden in die nach der ersten Teilung gebildete Provinz Westpreußen eingefügt, aus den anderen Erwerbungen wurde die Provinz Südpolen. In Wien rief die zweite Teilung starke Verärgerung hervor, mit Rücksicht auf den gemeinsam gegen Frankreich geführten Krieg, in den jetzt auch das Reich eintrat, hatte das aber keine praktischen Konsequenzen. Der in Grodno zusammengetretene polnische Reichstag billigte unter starkem russischen Druck die zweite Amputation Polens. Hinsichtlich Russlands tat er das im Juli, hinsichtlich Preußens im September. Im März 1794 rief der hohe polnische Offizier Thaddäus Kosciuszko, der im Sommer 1792 nach Leipzig ins Exil gegangen war, die Polen von Krakau aus zu einer Volkserhebung zugunsten der Verfassung von 1791 auf und fand dafür eine große Resonanz. Erst ab Juni konnte die russische Armee die Aufständischen merklich schwächen, aber erst im November war die Erhebung völlig niedergeworfen. An den Kämpfen nahm auch ein preußisches Korps teil. Russland war bestrebt, die österreichische Verstärkung wegen der zweiten Teilung zu beseitigen und begann mit Österreich

## *I. Das Ende des alten Reiches*

Verhandlungen über die Zukunft Polens, ohne Preußen beizuziehen. Man einigte sich über die völlige Beseitigung Polens. Nach dem Anfang Januar 1795 abgeschlossenen Vertrag erhielt Russland Kurland und Litauen nach dem damaligen Verständnis, eine weit nach Süden reichende ausgedehnte Region. Österreich bekam Kleinpolen mit Krakau. Verhandlungen der beiden Mächte mit Preußen wurden im Oktober mit zwei Verträgen abgeschlossen, denen zufolge Preußen Masowien mit Warschau und Polachien erhielt, Gebiete, die Russland und Österreich ihm schon im Januar zuge-dacht hatten. Durch die beiden Teilungen von 1793 und 1795 wuchs das preußische Territorium von rund 200 000 km<sup>2</sup> auf 300 000 km<sup>2</sup> an, seine Bevölkerung stieg von 5 Millionen auf 8,7 Millionen an und bestand nur noch zu etwas mehr als der Hälfte aus Deutschen. Die Neuerwerbungen stellten die Monarchie vor erhebliche administrative und finanzielle Probleme und nötigten sie, einen Teil der Streitkräfte dorthin abzustellen.

Preußen wollte wegen der polnischen Frage 1794 seine Truppen bis auf das Kontingent, das es von Reichs wegen zu stellen hatte, aus dem Westen abziehen und nach Osten verlegen. Dagegen erhoben England und die Niederlande Einspruch. In einem Mitte April in Den Haag unterzeichneten Vertrag bekam Preußen englische Subsidien zugesagt und verpflichtete sich dafür, 62 000 Mann am Rhein stehen zu lassen und sie nach den Wünschen der beiden Seemächte einzusetzen. Als der nunmehrige preußische Oberbefehlshaber im Westen, Möllendorff, sich weigerte, Truppen in die Niederlande abzugeben, stellte England die Subsidienzahlung ein. Die preußische Weigerung, die Streitkräfte der Koalition im niederländischen Raum zu verstärken, erleichterte den Franzosen die Kriegführung sehr. Sie eroberten ab Juni die Österreichischen Niederlande und im Anschluss daran, ab Dezember, sehr schnell auch die Vereinigten Niederlande. England zog nun seine Truppen vom Kontinent ab, der Erbstatthalter ging im Januar 1795 nach England. Die Generalstände erklärten die Niederlande zur Batavischen Republik. Sie schloss im Mai mit Frankreich Frieden und wurde durch ein Bündnis zu dessen Satellitenstaat. Die Österreichischen Niederlande annektierte Frankreich 1796.

Bereits 1794 suchte Österreich in geheimen Sondierungen bei Frankreich eine Beendigung des Krieges zu erreichen, ohne Erfolg. Auch in Berlin gewann im Laufe des Jahres 1794 die Ansicht an Boden, dass ein Sieg über Frankreich nicht möglich sei. Von Möllendorff unautorisiert eingeleitete Sondierungen über einen zivilen Mittelsmann in Kreuznach ergaben, dass auf französischer Seite Gesprächsbereitschaft bestand. Friedrich Wilhelm II. war zunächst Verhandlungen abgeneigt, gab dann

aber den Vorstellungen seines Außenministers Haugwitz, seines Beraters Bischoffswerder und Möllendorffs nach, da die finanzielle Situation Preußens eine längere Kriegführung nicht mehr erlaubte. Er ließ das Haager Abkommen mit den Seemächten kündigen und willigte Ende Oktober darin ein, dass die preußischen Truppen sich über den Rhein zurückzogen. Bei den in Basel geführten Friedensverhandlungen forderten die Franzosen die Abtretung des gesamten linksrheinischen Deutschland. Darauf wollte der preußische Unterhändler Karl August von Hardenberg sich nicht einlassen, wurde von Berlin indessen angewiesen, diese Bedingung hinzunehmen, wenn die Franzosen Preußen die Neutralisierung Norddeutschlands und eine territoriale Entschädigung für die Preußen links des Rheins verloren gehenden Gebiete zugestanden und die endgültige Regelung der Grenzfrage dem Friedensschluss mit dem Reich überließen. Am 5. April 1795 unterzeichnete Hardenberg den Friedensvertrag. Die linksrheinischen preußischen Besitzungen sollten bis zum Abschluss des Friedens mit dem Reich von französischen Truppen besetzt bleiben. Im Falle einer Abtretung sollte Preußen anderwärts eine vollwertige Entschädigung erhalten. Norddeutschland wurde östlich einer Linie vom Emsland über Münster und Limburg bis zum Rhein neutralisiert. Alle Reichsstände, die innerhalb von drei Monaten die Vermittlung Preußens anriefen, sollten von Frankreich nicht mehr als Feinde betrachtet werden. Als Hardenberg diesen Vertrag schlechten Gewissens unterschrieb, hoffte er, dass die Franzosen ihre Forderung nach der Rheingrenze aufgäben, wenn sie einen dauerhaften Frieden mit ganz Deutschland erhielten. Die Bereitschaft dazu bestand in Frankreich aber nicht. Das zeigte der Vertrag zwischen Frankreich und Preußen, der nach langen Verhandlungen am 5. August 1796 zustande kam. Er sah für den Fall der Abtretung des linksrheinischen Deutschland die territoriale Neuordnung ganz Deutschlands vor und verhiess Preußen eine reiche Entschädigung für seine linksrheinischen Verluste. Von der österreichischen Publizistik wurde das Ausscheiden Preußens aus dem Krieg scharf kritisiert. Dabei war auch die Rede vom Verrat am Reich. Dies Urteil traf zu. Rücksichtnahme auf das Schicksal des Reiches spielte bei der Berliner Entscheidung keine Rolle. Das trifft aber nicht nur auf Preußen zu. Nicht nur für die Entscheidungsträger in Berlin, sondern auch für die in Wien und in den Hauptstädten der größeren Mittelstaaten war das Reich kein Faktor von Gewicht mehr. Einige Jahre nach dem Frieden von Basel, 1799, kennzeichnete der Staatsrechtslehrer Johann August Reuß, der lange an der Stuttgarter Karlsschule tätig gewesen war und nun Württemberg als Diplomat diente, das Reich in der von ihm herausgegebenen Zeitschrift

## I. Das Ende des alten Reiches

»Deutsche Staatskanzlei« als einen Bund ohne Verbindung, »eine Gemeinschaft ohne gemeinsames Interesse und eine Societät, wo jeder Teilnehmer nur für sich sorgt«, und fügte die Frage an, wer einen solchen Verband noch für dauerhaft halten könne.<sup>7</sup>

Im Juli 1795 schloss auch Spanien Frieden. Danach bestand die Koalition noch aus Österreich, dem Reich, England und den italienischen Staaten. Zarin Katharina II. war nun, nach der Beseitigung Polens, bereit, sich der Koalition anzuschließen. Darüber kam Ende September 1795 ein Vertrag mit England und Österreich zustande. Bis das praktische Bedeuten erlangen konnte, dauerte es naturgemäß einige Zeit. Nach dem Tode der Zarin im November 1796 war Zar Paul I. nicht bereit, die Pläne seiner Mutter aufzunehmen und in den Krieg einzutreten.

Die Kämpfe in Süddeutschland waren in den Jahren 1795 und 1796 weiterhin wechselhaft. Frankreich brachte Baden und Württemberg zum Frieden und Bayern zu einem Waffenstillstand. Der österreichische Reichsfeldmarschall Erzherzog Karl, ein Bruder des Kaisers, erzielte im zweiten Halbjahr 1796 beachtliche Erfolge. Er trieb die Franzosen über den Rhein zurück. Daraufhin widerriefen Württemberg und Baden die ihnen auferlegten Friedensverträge. Dass die französischen Truppen in den Feldzügen immer wieder Erfolge verzeichnen konnten, mutet erstaunlich an, litt doch die junge Republik unter heftigen inneren Auseinandersetzungen. Dem Terror der äußersten Linken unter Danton und Robespierre, die sich bis zum Sommer 1794 in der Macht behaupteten, fielen mindestens 20 000 Menschen zum Opfer, dem Bürgerkrieg, der 1793 weite Teile des Landes erfasste und am blutigsten in der Vendée ausgefochten wurde, erlagen allein in dieser Region über 100 000 Menschen. Eine Gruppe revolutionärer Politiker verschiedener Haltung stürzte am 27. Juli 1794 Robespierre. Nach dem revolutionären Kalender geschah das am 9. Thermidor, deshalb wurden diese Männer Thermidorianer genannt. Der während der Schreckenszeit erheblich verkleinerte Konvent erarbeitete nun eine Verfassung liberalen Zuschnitts, die am 22. August 1795 in Kraft trat. An der Spitze des Staates stand nun ein fünfköpfiges Direktorium. Demokraten waren die Thermidorianer nicht, sie steuerten einen autoritären Kurs. Bis zum Jahresende konnte Frankreich einigermaßen zur Ruhe gebracht werden.

Durch einstimmigen Beschluss des Direktoriums erhielt im März 1796 der 26-jährige General Napoleon Bonaparte das Kommando über die Italien-Armee. Er war 1769 in Ajaccio auf Korsika geboren, sein Vater wurde wegen der Loyalität zu Frankreich, das die Insel 1768 erworben hatte, in die korsische Adelsliste aufgenommen. Ab 1779 besuchte Napoleon Bonaparte

eine französische Militärschule, 1786 wurde er Offizier. Er bejahte die Revolution und erwarb sich bei der Belagerung des aufständischen Toulon 1793 große Verdienste. Daraufhin wurde er 1794 zum Brigadegeneral der Artillerie ernannt. Da er die Übernahme eines Kommandos in der Vendée verweigerte, wurde er im Juli 1795 aus der Armee entlassen. Er entwickelte jetzt einen Plan für einen Feldzug durch Oberitalien und von da nach Norden, um so Österreich zum Frieden zu bringen, und trug ihn dem Präsidenten des Konvents Graf Barras vor. Die Militärführung war dafür jedoch nicht zu gewinnen. Als es im Oktober zu einer Massendemonstration gegen den Konvent und die soeben beschlossene Verfassung kam, zog Barras für die Wiederherstellung der Ruhe Bonaparte heran, der die Aufgabe mit großer Rücksichtslosigkeit löste. Das wurde ihm mit der Ernennung zum Divisionsgeneral gedankt. Einige Monate später wurde er, wie oben erwähnt, an die Spitze der Italien-Armee gestellt. Seinen steilen Aufstieg verdankte er einflussreichen Persönlichkeiten wie Barras, aber diese hätten ihn nicht so sehr gefördert, wenn er nicht eine so sichere Einschätzung militärischer Handlungsmöglichkeiten gehabt hätte. Er war entscheidungsschnell und tatkräftig, ehrgeizig und zielbewusst und verstand es, sich richtig in Szene zu setzen.

Den Italienfeldzug führte er mit großem Erfolg nach dem von ihm entwickelten Plan. Er bildete zwei Republiken nach französischem Modell, die Cis- und die Transpadanische Republik. Ende des Jahres beauftragte ihn das Direktorium mit Sondierungen wegen einer Verständigung mit Österreich – in Paris war der Einfluss derjenigen gewachsen, die mit dem Erreichten zufrieden waren und für eine Beendigung des nun über vier Jahre währenden Krieges eintraten. Bonaparte wollte zunächst aber noch weitere Erfolge erzielen, ehe er der Weisung aus Paris entsprach. Anfang 1797 trug er den Krieg in die Habsburgermonarchie hinein und stieß mit seinen Truppen bis in die Steiermark vor. Am 31. März schrieb er an Erzherzog Karl, der vor kurzem das Kommando über die österreichische Italien-Armee übernommen hatte. Er verwies auf die allgemeine Friedenssehnsucht, fragte, wozu noch weitergekämpft werden sollte, da der Menschheit doch schon so viel Unheil zugefügt sei. Die Schuld am Kriege lastete er England an und fragte, ob man für die Interessen jener von allem Unheil des Krieges verschonten Insel fortfahren solle, sich gegenseitig abzuschlachten. Erzherzog Karl nahm das Gesprächsangebot sofort an. Nach wenigen Tagen wurde ein Waffenstillstand abgeschlossen, und schon am 18. April konnte der Präliminarfrieden von Leoben unterzeichnet werden, ohne dass Bonaparte dazu Paris konsultiert hätte. Das Habsburgerreich musste seine Besitzungen in Oberitalien und die österreichischen Niederlande abtreten und bekam da-

## *I. Das Ende des alten Reiches*

für große Teile der Republik Venedig zugesagt, Gebiete, die Bonaparte freilich noch erobern musste. Er erklärte Venedig am 1. Mai den Krieg und warf es bis zum Herbst nieder. Den Mitte Oktober unterzeichneten endgültigen Frieden mit dem Habsburgerreich handelte Bonaparte in dem kleinen venetianischen Dorf Campo Formio mit Johann Ludwig Graf von Cobenzl aus. Darin wurden die Absprachen von Leoben mit einigen Änderungen übernommen. In einem Geheimartikel wurde festgesetzt, dass der Kaiser sich beim Friedensschluss Frankreichs mit dem Reich für die Abtretung des linksrheinischen Deutschland von der elsässischen Grenze bis Andernach an Frankreich verwenden werde. Die davon betroffenen Reichsstände sollten rechtsrheinisch entschädigt werden. Preußen wurde von dieser Regelung ausgenommen, da Frankreich sich schon 1795 und 1796 mit ihm über diesen Fragenkreis verständigt hatte. Der Herzog von Modena, ein Habsburger, sollte den österreichischen Breisgau erhalten. Frankreich versprach, sich dafür einzusetzen, dass Österreich das Erzbistum Salzburg und von Bayern das Land rechts des Inns erhielt. Ein Kongress in Rastatt sollte über den Frieden mit dem Reich verhandeln.

Der Kongress in Rastatt trat im November zusammen. Der französischen Delegation stand die vom Vertreter des Kurerzkanzlers geleitete Reichsfriedensdelegation gegenüber, der Bevollmächtigte von zehn Reichsgliedern angehören. Zudem waren Gesandte vieler anderer Reichsstände anwesend. Die Verhandlungen waren zäh und langwierig, da die französische Seite zu keinen Konzessionen bereit war. Im April 1798 nahm die Reichsdeputation die Grenzziehung am Rhein an und sagte rechtsrheinische Entschädigungen für die davon betroffenen Landesherren zu. Im weiteren Verlauf des Jahres wurde über das dabei anzuwendende Verfahren gesprochen. Strittig war die Frage, wer die Schulden der linksrheinischen Territorien übernehmen sollte. Am Jahresende gestand die Reichsdeputation zu, dass dafür die bisherigen Landesherren zuständig seien. Auch war sie bereit, dem französischen Verlangen nach Einräumung einiger rechtsrheinischer Brückenköpfe zu entsprechen. Während dieser Beratungen begingen französische Truppen wiederholt schwere Verletzungen des Waffenstillstandes.

Bonaparte nahm Ende 1797 nur wenige Tage an dem Kongress teil, dann kehrte er nach Paris zurück, um die Niederwerfung Englands vorzubereiten. Eine Landung auf der Insel hielt er für aussichtslos, so entschied er sich dafür, England durch die Inbesitznahme Ägyptens und die daraus ergebende Erschwerung der Verbindung nach Indien zu treffen. Auch meinte er, sich durch ein solches Unternehmen großen Ruhm erwerben zu können. Das Direktorium stimmte dem Plan zu. Mitte Mai 1798 verließ

das französische Expeditionskorps, insgesamt 35 000 Mann, auf einer großen Flotte Frankreich und landete vier Wochen später in Alexandria. Zunächst verlief das Unternehmen erfolgreich. Am 25. Juni konnte Bonaparte in Kairo einziehen. Kurz danach vernichtete eine britische Flotte die seine bei Abukir, das Expeditionskorps war damit von Europa abgeschnitten. Bonaparte machte sich an die Neuordnung Ägyptens und entschloss sich zu einem Vorstoß in die Levante. Der im Februar 1799 begonnene Feldzug hatte allerdings nicht den erhofften Erfolg und wurde im Mai abgebrochen. Einen britisch-osmanischen Landungsversuch bei Alexandria schlugen seine Truppen Ende Juli ab.

In der Schweiz unternahm Frankreich ab Oktober 1797 militärische Aktionen und schuf sich mit der Helvetischen Republik einen Satellitenstaat. Er ging gewaltsam gegen die abseits stehenden Kantone vor. Das, der ägyptische Feldzug und die herausfordernde Haltung Frankreichs auf dem Rastatter Kongress veranlassten die Bildung einer neuen Koalition gegen Frankreich. Ihr gehörten England, das Habsburgerreich, Russland, die nicht von Frankreich abhängigen italienischen Staaten und das Osmanische Reich an. Frankreich eröffnete den Krieg im Februar 1799 mit einem Vorstoß über den Oberrhein, der aber bald zurückgeschlagen wurde. Die Kriegserklärung an die Habsburgermonarchie erfolgte erst danach. Der Kongress in Rastatt wurde dennoch fortgesetzt. Erst Ende April erklärte Österreich ihn für aufgelöst und die von ihm gefassten Beschlüsse für unwirksam.

Die wichtigsten Schauplätze des militärischen Ringens waren in der Folgezeit die Schweiz und Italien. In der Schweiz konnten die Franzosen einem russischen Korps eine schwere Niederlage beibringen, woraufhin sich der Zar aus der Koalition zurückzog. In Italien fochten sie dagegen unglücklich und mussten bis Ende August mit Ausnahme Genuas das ganze Land räumen. Eine englische Landung in den Niederlanden hatte keinen durchschlagenden Erfolg, machte aber deutlich, dass England sich künftig nicht auf den Seekrieg beschränken würde. Die Nachrichten über die Entwicklung in Europa veranlassten Bonaparte zur Rückkehr nach Frankreich. Er konnte das nur mit einem kleinen Gefolge unter Zurücklassung seiner Armee tun, da er keine Flotte mehr hatte. Anfang Oktober traf er im Mittelmeerhafen Frejus ein und begab sich sofort nach Paris.

In Frankreich bestand eine beträchtliche Unzufriedenheit. Man wollte Stabilität und das Ende der Revolutionszeit. Vielfach wurde darüber nachgedacht, wie dieses Ziel zu erreichen sei. Sehr engagiert in dieser Frage war Emmanuel Joseph Sieyès, der in der Anfangszeit der Revolution großen pu-

## I. Das Ende des alten Reiches

blizistischen Einfluss gehabt, sich in der Schreckenszeit sehr zurückgehalten hatte und danach wieder politisch tätig geworden war. Er war einer der fünf Direktoren. Da eine Änderung der Verfassung des Jahres 1795 eine lange Zeit in Anspruch nehmen würde, konnte seines Erachtens nur ein möglichst unblutiger Staatsstreich helfen. Dazu verband er sich mit Bonaparte. An der Verschwörung beteiligten sich dessen Brüder Lucien, der Präsident des Rates der Fünfhundert war, und Joseph, einige andere hochgestellte Persönlichkeiten, unter ihnen Charles Maurice Talleyrand, und zahlreiche Generäle. Das Unternehmen wurde am 9. und 10. November durchgeführt. Drei Mitglieder des Direktoriums, unter ihnen Sieyès, traten zurück, die beiden anderen wurden unter Hausarrest gestellt. Damit war dies Gremium beseitigt. Der Rat der Fünfhundert wurde militärisch auseinandergejagt. Aus Mitgliedern des mehrheitlich mit Sieyès und Bonaparte sympathisierenden Rates der Alten und einigen zum Rat der Fünfhundert gehörenden Abgeordneten wurde eine interimistische Kammer gebildet. Sie berief drei Männer an die Spitze des Staates, Bonaparte, Sieyès und Roger Ducos, der dem Direktorium angehört hatte. Die neue Verfassung wies die Regierung drei vom Senat für zehn Jahre gewählten Konsuln zu. Der Erste Konsul hatte die gesamte exekutive Gewalt inne, seine Kollegen hatten nur beratende Stimme. Nur er hatte das Recht der Gesetzesinitiative, nur er befand über die Zusammensetzung des Staatsrates, der für die Ausarbeitung der Gesetze zuständig war. Die Gesetzesvorlagen gingen dann an das Tribunal, das sie befürworten oder ablehnen konnte, und danach an den Gesetzgebenden Körper, der ohne Diskussion über sie zu beschließen hatte. Art. 39,3 der Verfassung vom 13. Dezember 1799 sagte: »Die Verfassung ernennt den Bürger Bonaparte, früher provisorischer Konsul, zum Ersten Konsul.« Auch die beiden anderen Konsuln wurden namentlich genannt.<sup>8</sup> Am 15. Dezember legte Bonaparte den Franzosen die neue Verfassung vor. In seiner Proklamation sagte er, sie beruhe »auf den wahren Prinzipien der repräsentativen Regierung und auf den geheiligten Rechten des Eigentums, der Gleichheit und der Freiheit. [...] Bürger, die Revolution ist auf die sie auslösenden Prinzipien zurückgeführt und damit beendet.«<sup>9</sup> Das war ein großes Wort, aber doch eine fragwürdige Aussage. Angesichts der Machtfülle, die der Erste Konsul hatte, war die Gewaltenteilung, das Grundprinzip einer repräsentativen Regierung, sehr denaturiert.

Ende 1799 schied Russland wegen der Niederlage in der Schweiz und aus Verärgerung des Zaren vor allem über England aus der Koalition aus. In Italien stellte Bonaparte im Laufe des Jahres 1800 den von ihm 1797 geschaffenen Zustand wieder her. Auch in Süddeutschland kämpften die

Franzosen erfolgreich. Ende des Jahres stand ihnen der Weg nach Wien offen. Daraufhin erbat und erhielt Österreich einen Waffenstillstand. Am 9. Februar 1801 wurde im ostfranzösischen Luneville der Frieden zwischen Frankreich und der Habsburgermonarchie geschlossen, ihm trat das Reich bei. Damit wurde der Rhein völkerrechtlich zur Grenze zwischen der Republik Frankreich und dem Reich, die Landverluste, die deutsche Landesherren linksrheinisch erlitten, waren vom ganzen Reich in Übereinstimmung mit den in Rastatt aufgestellten Grundsätzen zu tragen. Einige rechtsrheinische Festungen waren zu schleifen. Österreich hatte die französischen Satellitenstaaten für immer zu garantieren, von Venetien bekam es weniger zugeteilt als in Campo Formio vorgesehen. Mit dem Osmanischen Reich schloss Frankreich im Oktober 1801 Frieden und gab dabei Ägypten auf. Der Friedensschluss mit England folgte im März 1802 in Amiens. Er verfügte die Rückgabe der von England eroberten spanischen, niederländischen und französischen Kolonien mit Ausnahme Trinidads und Ceylons, den Abzug der französischen Truppen aus Rom und Neapel sowie von der Insel Elba, der britischen Truppen von Malta, kündigte die Entschädigung des Hauses Oranien an und bestätigte die Integrität des Osmanischen Reiches. Danach schwiegen erstmals nach zehn Jahren überall in Europa die Waffen. In der Schweiz aber brach nach dem Abzug der französischen Truppen im Juli 1802 ein Bürgerkrieg zwischen Föderalisten und Unitariern aus. Bonaparte übernahm die ihm angetragene Vermittlung und ließ zu diesem Zweck die Schweiz erneut besetzen. Die Mediationsakte machte sie im Februar 1803 zum Bundesstaat. Sie schloss einige Monate später eine Defensivallianz mit Frankreich und gestattete der französischen Armee die Anwerbung von 18 000 Mann.

Nach einem misslungenen Attentat auf den Ersten Konsul im Dezember 1800 ging Bonaparte entschieden gegen seine Gegner in Frankreich vor. Er ließ das Tribonat und den Gesetzgebenden Körper personell säubern. Dazu sagte er im Staatsrat, eine Verfassung müsse so gemacht sein, dass sie die Regierung in ihrem Handeln nicht störe, eine Opposition könne er nicht brauchen. Im Mai 1802 schlug das Tribonat vor, für Bonaparte ein Zeichen nationaler Dankbarkeit zu setzen. Die Franzosen sollten in einer Volksabstimmung darüber entscheiden, ob Bonaparte Erster Konsul auf Lebenszeit werden sollte. Das wurde fast einstimmig bejaht und Anfang August in einer Proklamation kundgetan. Durch eine Verfassungsänderung wurden die Rechte des Ersten Konsuls ausgeweitet. Er konnte seinen Nachfolger jetzt selbst bestimmen. In der 1802 gebildeten Italienischen Republik ließ Bonaparte sich für zehn Jahre zum Präsidenten wählen.

## *I. Das Ende des alten Reiches*

Frankreich und das Zarenreich verständigten sich im Oktober 1801 auf eine Zusammenarbeit bei der durch den Friedensvertrag von Luneville vorgeschriebenen territorialen Neuordnung Deutschlands. Mit Bayern hatte Frankreich schon im August einen Vorvertrag darüber geschlossen, entsprechende Abkommen mit Württemberg und Preußen folgten im Mai 1802. Die bei den französisch-russischen Beratungen über die Entschädigungen erarbeiteten Vorschläge waren im Juni 1802 fertiggestellt und wurden dem Reichstag in Regensburg zugeleitet. Sie sahen die fast völlige Beseitigung der geistlichen Territorien und die Aufhebung der meisten Reichsstädte zugunsten der Landesherrn vor, die für ihre Verluste entschädigt werden sollten. Bedacht werden sollten aber auch einige andere Reichsstände. Preußen war für eine En-bloc-Akzeptanz der Vorlage, drang damit aber nicht durch. Der Reichstag setzte eine Deputation zur weiteren Beratung ein. Sie tagte fast drei Monate und beschäftigte sich dabei nicht nur mit den Gebietsveränderungen, sondern auch mit finanziellen Entschädigungen und mit der Frage, wie die geistlichen Regenten und die ihnen zugeordneten Geistlichen, die Stiftsherren und die Stiftsfrauen künftig versorgt werden sollten. Nach Billigung des Entschädigungsplans durch Frankreich und Russland verabschiedeten ihn die drei Kollegien des Reichstags, und der Kaiser erhob ihn am 27. April 1803 zum Reichsgesetz. Durch den Reichsdeputationshauptschluss wurden etwas mehr als hundert Reichsstände aufgehoben, die geistlichen Kurfürstentümer, die Reichsbistümer und Reichsabteien und die meisten Reichsstädte, Gebiete in einem Umfang von fast 100 000 km<sup>2</sup>. Der Kurstuhl von Mainz wurde auf die Domkirche von Regensburg übertragen, als weltliche Ausstattung erhielt der Kur-Erzkanzler die neu geschaffenen Fürstentümer Aschaffenburg und Regensburg. Mit Rücksicht auf die Kriegsdienste ihrer Mitglieder wurden der Deutsche Orden und der Malteserorden der Säkularisation nicht unterworfen. Von den Reichsstädten blieben nur sechs erhalten, Lübeck, Hamburg, Bremen, Frankfurt, Nürnberg und Augsburg. Im Reichstag gab es mannigfache Veränderungen der Stimmverhältnisse. Das Kurfürstenkollegium wurde von acht auf zehn Mitglieder erweitert. Infolge des Wegfalls von Trier und Köln wurden vier neue Kurwürden geschaffen und Württemberg, Baden, Hessen-Kassel und Salzburg zugeteilt, letzteres erhielt nun der Großherzog der Toskana zum Ausgleich für sein in Italien verlorenes Land.

Die Gebietseinziehungen machten flächenmäßig weit mehr aus als die Verluste links des Rheins. So war der Reichsdeputationshauptschluss nicht nur eine Entschädigungsregelung, sondern eine umfassende Vereinfachung der Territorialverhältnisse in Deutschland. Preußen erhielt der Fläche nach

das Fünffache dessen, was es links des Rheins verloren hatte, Baden sogar das Siebenfache. Gebietszuwachs erhielten auch manche Staaten, die gar keine Verluste erlitten hatten, so Hannover, Braunschweig und Oldenburg. Die Reichsritterschaft wurde nicht aufgehoben, gegen sie gingen die größeren Territorien in der Folge aus eigener Initiative vor und zogen die ihnen benachbarten kleinen Besitzungen ein, manchmal gegen erbitterten Protest. Die Gebietsgewinne stellten die begünstigten Staaten vor das Problem der Integration und gaben damit kräftige Impulse für Reformen. Der Reichsdeputationshauptschluss war ein bedeutender Schritt auf dem Wege der Modernisierung Deutschlands, aber einen »Markstein für das Ende des Reiches« kann man ihn nicht nennen.<sup>10</sup> Wäre der Frieden erhalten geblieben, so hätte das neugeordnete Deutschland doch wohl den Weg zu einer Verbesserung der Reichsverfassung gefunden. Der Frieden hielt jedoch nicht.

Das Vorgehen Bonapartes in der Schweiz und in Italien machte deutlich, dass er sich mit dem bisher Erreichten kaum zufrieden geben würde. So zögerte England mit der Erfüllung der im Friedensvertrag von Amiens übernommenen Verpflichtungen und sondierte bei den anderen Mächten, ob es im Falle eines neuerlichen Krieges auf sie zählen könne. Im März 1803 erklärte England Frankreich den Krieg, führte ihn zunächst aber nur zur See, wiewohl es in den letzten Jahren viel auch für die Rüstung von Landstreitkräften getan hatte. Im Juli besetzte eine französische Armee das mit England in Personalunion verbundene Kurfürstentum Hannover, ohne dass es dabei zu Kämpfen gekommen wäre. Angesichts des neuen Krieges, den Bonaparte nicht gewollt hatte, war ihm an einer Allianz mit Preußen sehr gelegen. Deshalb war er bereit, Hannover dem Hohenzollernstaat zu überlassen, um ihn so dauerhaft an sich zu binden. Dafür war der preußische Außenminister Haugwitz nicht zu haben. Er wollte die seit 1795 betriebene Neutralitätspolitik fortsetzen und gute Beziehungen sowohl zu Frankreich wie zu Russland pflegen. Von einer solchen Konstellation erhoffte er sich die Möglichkeit, Preußen die führende Stellung in Norddeutschland zu verschaffen. Auch Bonaparte war in dieser Zeit an einem guten Verhältnis zu Russland interessiert. So bat er Zar Alexander I., der 1801 auf den Thron gelangt war, um Vermittlung nach London. Auf die dazu vom Zaren gemachten Vorschläge ließ er sich aber nicht ein. Alexander I. war wegen Bonapartes Absichten sehr besorgt. Die diplomatischen Aktivitäten Frankreichs insbesondere in Istanbul zielten auf eine erhebliche Verbesserung der Stellung Frankreichs in Südosteuropa und weckten die Befürchtung, dass damit der russische Handel beeinträchtigt würde. Ein wichtiges

## *I. Das Ende des alten Reiches*

Datum für die Vertiefung des Gegensatzes zwischen St. Petersburg und Paris war die Entführung des Herzogs von Enghien, eines Bourbonen, aus dem badischen Ettenheim im März 1804 und seine Verurteilung wegen angeblicher Beteiligung an einer Verschwörung gegen Frankreich durch ein französisches Militärgericht zum Tode mit sofortiger Exekution. Dieser von Bonaparte gewollte Justizmord sollte der Einschüchterung der Bourbonen dienen. Er erregte in ganz Europa großes Aufsehen und heftige Empörung und schadete dem Ansehen Bonapartes sehr. St. Petersburg brach unverzüglich die diplomatischen Beziehungen zu Paris ab.

Wenig später, Mitte Mai, ließ Bonaparte sich durch eine mit einem Plebiszit bestätigte Änderung der Verfassung zum erblichen Kaiser der Franzosen machen und führte fortan nur mehr seinen Vornamen Napoleon. Er sah sich in der Nachfolge des römischen Kaisertums und Karls des Großen. Am 2. Dezember krönte er sich in Notre-Dame in Paris selbst und ließ sich dann vom Papst salben. Die Republik Italien wandelte er 1805 in ein Königreich um und machte sich damit vom Präsidenten zum König. Die Rangerhöhung Napoleons förderte in Wien Überlegungen, ob nicht auch ein österreichisches Kaisertum zu schaffen sei, war es doch nicht auszuschließen, dass das deutsche Kaisertum nicht mehr lange bestehen werde. Nachdem eine Verständigung mit Napoleon über eine wechselseitige Anerkennung erzielt war, nahm Franz II. am 10. August 1804 neben seinem deutschen Titel auch den Titel eines Kaisers von Österreich an. Die österreichische Kaiserwürde sollte der festeren Verbindung des habsburgischen Länderkomplexes dienen. Napoleons Kaisertum wurde ausdrücklich anerkannt. Preußen tat diesen Schritt wenig später. Seinen Dank dafür verband Napoleon mit der Anregung, Preußen könne ein norddeutsches Kaisertum schaffen. Wiederum bot er Hannover an.

Als Haugwitz sich im April 1804 beurlauben ließ, übernahm Hardenberg die Leitung des Außenministeriums, zunächst interimistisch. Er war schon seit längerem für eine stärkere Neigung nach St. Petersburg eingetreten. Ende Mai kam durch beiderseitige Erklärung eine preußisch-russische Abmachung zustande, wonach beide Mächte gemeinsam kämpfen wollten, falls Frankreich von Hannover aus weiter um sich griff. Mit England ließ Alexander I. über ein Bündnis gegen Frankreich und die gemeinsam zu erreichenden Ziele verhandeln. Frankreich sollte auf die Grenzen von 1792 zurückgeführt und wieder zu einem Königreich unter der Herrschaft der Bourbonen gemacht werden; der in England lebende Graf von Provence, ein jüngerer Bruder Ludwigs XVI., hatte 1795 als Ludwig XVIII. den Königstitel angenommen, nachdem der Dauphin Ludwig gestorben

war. Das von Frankreich linksrheinisch annektierte Gebiet sollte im wesentlichen den Niederlanden und Preußen zufallen. Am 11. April wurde der Bündnisvertrag unterzeichnet, ihm traten alsbald Schweden und das Königreich Neapel nebst dem mit ihm verbundenen Sizilien bei. Österreich folgte am 9. August, während Preußen trotz intensiver russischer Werbungen nicht zum Anschluss bereit war. England sagte den Verbündeten erhebliche Subventionen zu.

Napoleon plante eine Invasion in England, anders als vor Jahren hielt er sie jetzt für durchführbar. Er ließ zahlreiche Transportschiffe und Landungsboote bauen, die Flotte sollte 3000 Einheiten zählen. Bei Boulogne versammelte er 1804 eine große Streitmacht. Sie sollte von dort an die wenig mehr als 30 Seemeilen entfernte englische Kanalküste transportiert werden und dann nach London marschieren. Um das Übersetzen der 200 000 Mann, für das zwei Wochen veranschlagt waren, möglichst störungsfrei zu machen, sollte die britische Flotte durch verschiedene Aktionen, zumal bei den Antillen, abgelenkt werden. Die Erwartung, das Landungsunternehmen könne glücklich ausgehen, war allzu optimistisch. Ende Juli 1805 gestand Napoleon sich das ein. Er stellte nun seine Planungen auf den Landkrieg in Mitteleuropa ein und bemühte sich deshalb um die süddeutschen Staaten. Am 25. August wurde ein Bündnis mit Bayern geschlossen, eine gute Woche später eins mit Baden und bald auch eins mit Württemberg. Seinen Operationsplan hatte er Mitte August fertig, am 29. August begann der Abmarsch der Armee nach Deutschland, die in Hannover stationierten Truppen setzten sich nach Süden in Marsch. Es begann Napoleons erfolgreichster Feldzug. Österreich suchte Bayern für den Anschluss an die Koalition zu gewinnen. Als das nicht gelang, rückten österreichische Truppen nach Verkündung eines Kriegsmanifestes Anfang September in Bayern ein und besetzten es zu einem beträchtlichen Teil. Die bayerische Armee wich aus und vereinigte sich mit dem aus Hannover kommenden französischen Korps. Schon am 17. Oktober musste die österreichische Hauptmacht bei Ulm vor Napoleons Armee kapitulieren.

Preußen sah diesem Geschehen tatenlos zu. Weil das aus Hannover kommende Korps die zu Preußen gehörende Markgrafschaft Ansbach durchquerte und damit die preußische Neutralität verletzte, verständigte Preußen sich am 3. November mit Russland und Österreich dahin, dass es zwischen den Kriegführenden auf der Basis des Friedens von Lunéville vermitteln und bei Ablehnung dieses Angebots durch Napoleon in den Krieg gegen Frankreich eintreten werde. Die französischen Truppen waren indessen viel zu erfolgreich als das Preußen etwas hätte bewirken können. Schon

## *I. Das Ende des alten Reiches*

am 13. November zogen sie in Wien ein. Die österreichischen und die inzwischen heranmarschierten russischen Streitkräfte versammelten sich in Mähren und unterlagen Napoleon am 2. Dezember, am ersten Jahrestag seiner Krönung, in der blutigen Schlacht bei Austerlitz 125 km nordöstlich von Wien, sie forderte wenigstens 25 000 Menschenleben. Vier Tage später wurde ein Waffenstillstand vereinbart, zu seinen Bedingungen gehörte auch der sofortige Rückmarsch der russischen Truppen ins Zarenreich. Der am 26. Dezember in Preßburg unterzeichnete Frieden erlegte Österreich große Gebietsverluste auf. Es musste Istrien, Dalmatien und Venetien an das Königreich Italien abtreten, Vorarlberg, Tirol, Brixen und Trient an Bayern. Als kleinen Ausgleich dafür bekam es Salzburg und Berchtesgaden. Auch sonst griff Napoleon erheblich in die deutschen Verhältnisse ein. Bayern und Württemberg wurden am 1. Januar 1806 zu Königreichen erhoben, Baden zum Großherzogtum. Die drei Staaten bekamen die volle Souveränität verbürgt. Mit besonderen Verträgen erhielten sie erhebliche Gebietszuweisungen durch Aufhebung kleinerer Reichsstände. Bayern musste für diese Arrondierung das ihm gehörende Herzogtum Berg am Niederrhein Napoleon überlassen. Kaiser Franz II. hatte das alles anzuerkennen. Er sah seine 1804 gehegten Befürchtungen in vollem Umfang bestätigt: Der deutsche Kaiser hatte im Reich nichts mehr zu sagen, der tatsächliche Machthaber war Napoleon. Das Reich war nurmehr ein leerer Schatten. Im Friedensvertrag von Preßburg wurde es auch gar nicht mehr erwähnt, dort war nur vage von einer *Confédération Germanique* die Rede. Für den faktischen Untergang des Reiches Ende 1805 hatte die preußische Neutralitätspolitik ganz erhebliche Bedeutung. Hätte Preußen sich im Sommer jenes Jahres der Koalition angeschlossen, wäre Napoleon der Sieg nicht so schnell zugefallen. Sehr wahrscheinlich hätte der Krieg sich länger hingezogen, und an seinem Ende hätte Napoleon nicht mit der Selbstherrlichkeit handeln können, die er im Preßburger Frieden und mit den anderen Verträgen zeigte, sondern sich auf wirkliche Verhandlungen einlassen müssen.

Indem Preußen durch seine Neutralität einen außerordentlichen Machtgewinn des napoleonischen Frankreich ermöglichte, beeinträchtigte es zugleich seine eigene Machtstellung empfindlich. Das zeigte der Umgang Napoleons mit ihm. Haugwitz wurde von Friedrich Wilhelm III. als Unterhändler zu Napoleon gesandt. Er musste am 15. Dezember in Schloss Schönbrunn bei Wien einen Vertrag mit Frankreich unterzeichnen, demzufolge Preußen die Markgrafschaften Ansbach und Bayreuth Bayern überlassen und zudem den ihm noch verbliebenen Teil des Herzogtums Kleve an

Frankreich abtreten musste. Auch hatte es das in der Schweiz gelegene mit Preußen in Personalunion stehende Fürstentum Neuenburg Napoleon zu übertragen. Als Ausgleich für diese Gebietsverluste sollte es Hannover erhalten. Auch musste es sich verpflichten, alle kommenden Gebietsveränderungen in Deutschland und Italien anzuerkennen. Der Erwerb Hannovers hätte seine Beziehungen zu England sehr belastet. Friedrich Wilhelm III. war zur Billigung des Vertrags nicht bereit, aber Nachverhandlungen in Paris erbrachten keine Verbesserung, im Gegenteil. Der am 15. Januar 1806 unterzeichnete neue Vertrag war eine Verschlechterung. Jetzt musste Preußen sich auch noch zur Waffenhilfe gegen Russland bereitfinden, wenn dieses das Osmanische Reich angriff, und seine Häfen für britische Schiffe sperren. Napoleon erzwang die Annahme dieser Bedingungen mit militärischen Drohungen. So fügte sich Preußen seinem Willen.

Seinem Schwager Joachim Murat übergab Napoleon das aus Kleve und Berg gebildete Großherzogtum Berg, seinen Stiefsohn Eugène Beauharnais machte er zum Vizekönig von Italien, seinen Bruder Joseph zum König von Neapel-Sizilien, das er sich inzwischen botmäßig gemacht hatte, seinen Bruder Ludwig zum König von Holland. Zwei seiner Schwestern erhielten kleinere Territorien in Italien. Mit einem Familienstatut erklärte er sich am 31. März 1806 zum Haupt der Familie Bonaparte und machte alle ihre Glieder zu seinen Vasallen. Auch einige ihm nahestehende Personen, so Außenminister Talleyrand, wurden als souveräne Fürsten mit kleineren Territorien bedacht. Der Festigung seiner Macht in Deutschland diene auch die in enger Zusammenarbeit mit dem Kurerzkanzler und Fürstprimas Karl Theodor Freiherr von Dalberg betriebene Berufung des Kardinals Joseph Fesch zum Koadjutor Dalbergs mit dem Recht der Nachfolge; sie erfolgte im Mai 1806. Fesch, ein Onkel Napoleons, gehörte dem geistlichen Stand an, hatte aber viele Jahre Dienst in der militärischen Verwaltung getan. 1802 wurde er Erzbischof von Lyon und im Jahre darauf Kardinal und französischer Gesandter beim Vatikan. Als Kurerzkanzler in der Nachfolge Dalbergs hätte er bei Fortdauer der Reichsverfassung erheblichen Einfluss auf die deutschen Angelegenheiten gehabt. Dalberg war der Überzeugung, nur Napoleon könne die deutsche Krone aus ihrer Verachtung heben, ihr neuen Glanz verleihen und ein großes aus Deutschland, Frankreich und Italien bestehendes Reich schaffen. Das trug er Napoleon auch vor. Napoleon erwog eine Weile, sich in Rom zum Kaiser des Abendlandes zu machen. Talleyrand wandte dagegen ein, dass dann ein Friede mit England und Russland nicht zu erreichen sei. So gab Napoleon diesen Gedanken auf. Das änderte aber nichts an seiner Überzeugung, dass er tatsächlich eine

## I. Das Ende des alten Reiches

Stellung wie Karl der Große habe. Das brachte er in zwei Briefen an den Papst im Frühjahr 1806 auch zum Ausdruck.

In Wien wurde nach dem Friedensschluss von Preßburg erwogen, ob es nicht angezeigt sei, dass Franz II. die deutsche Kaiserkrone niederlege. Die vorherrschende Ansicht ging dahin, dass die Reichsverfassung in ihrem gegenwärtigen Zustand nicht länger zu halten sei und reformiert oder aber aufgegeben werden müsse. Der Kaiser ließ sich zu dieser Frage Gutachten von seinen beiden Vertretern am Reichstag erstatten, dem für Österreich und dem für Böhmen. Ersterer, Aloys Freiherr von Hügel, ein 1791 geadelter Koblenzer, riet in seinem am 17. Mai vorgelegten Gutachten, vor der Entscheidung über die Kaiserfrage Napoleons Absichten zu erkunden, sich dabei aber möglichst Zeit zu lassen, letzterer, Graf Friedrich Lothar von Stadion, der ältere Bruder des österreichischen Außenministers Graf Johann Philipp von Stadion, legte eine Woche später in seinem Gutachten dar, dass Franz II. bei Beibehaltung der Kaiserwürde in die unangenehme Lage versetzt werde, eine Würde zu behaupten, ohne die daraus erwachsenden Rechte und Pflichten noch wahrnehmen zu können. So sprach er sich für den Verzicht auf die Krone aus. Auch er wollte die endgültige Entscheidung aber noch aufgeschoben sehen. Beide Gutachter wiesen darauf hin, dass die Krone mit der Niederlegung nicht anderen verfügbar gemacht werden dürfe. Ein Zugriff war von Napoleon zu befürchten, vielleicht aber auch von den Kurstaaten Sachsen und Bayern.

Zwar hatte Napoleon den Gedanken an ein abendländisches Kaiserthum aufgegeben, aber er wollte doch eine Konföderation Frankreichs mit italienischen Staaten, der Schweiz, Bayern, Württemberg und Baden. Die Verhandlungen darüber mit Bayern und Württemberg hatten kein Ergebnis, weil der dabei vorgelegte Bundesvertrag weder in Stuttgart noch in München auf Zustimmung stieß. Hier wie dort sah man dadurch die gerade erst verbürgte volle Souveränität beeinträchtigt. In der Folge ging es um eine nur auf Deutschland beschränkte Föderation unter französischem Protektorat. Dazu wurden in Paris eingehende Planungen angestellt und viele diplomatische Gespräche geführt. Ende Mai stand fest, welche Staaten in diesen Bund aufgenommen werden sollten. Ab Mitte Juni wurden deren Gesandte, beginnend mit dem Bayerns, über die französische Absicht informiert. Manche von ihnen erhoben dabei Einwendungen. Am 12. Juli unterschrieben die Bevollmächtigten der Mitglieder des neuen Bundes in Paris die ihnen von Talleyrand vorgelegte Akte der *Etats confédérés du Rhin*, ohne vorher alle die Möglichkeit zu einer eingehenden Prüfung gehabt zu haben.

Die Rheinbundakte nannte in der Präambel die beteiligten Fürsten und stellte ihre Absicht fest, die innere und äußere Ruhe Süddeutschlands zu sichern, die die Reichsverfassung seit langem nicht mehr habe garantieren können. Mit Art. 1 erklärten die Könige von Bayern und Württemberg, der Fürstprimas, die Großherzöge von Baden und Berg, der Landgraf von Hessen, die Fürsten von Nassau-Usingen und Nassau-Weilburg, Hohenzollern-Sigmaringen und Hohenzollern-Hechingen, Salm-Salm, Salm-Kyrburg, Isenburg-Birstein und Liechtenstein, der Herzog von Aremberg und der Graf von der Leyen, dass sie ihre Territorien für immer vom deutschen Reich trennten und sich untereinander zu einem Bund mit dem Namen Konföderierte Staaten des Rheins zusammenschlossen. Art. 2 erklärte die Reichsgesetze für nichtig, soweit sie die Hoheitsrechte dieser Fürsten beeinträchtigten. Art. 3 schrieb den Unterzeichnern des Vertrags vor, die Trennung vom Reich bis zum 1. August am Reichstag mitzuteilen. Gemäß Art. 4 behielt jeder an der Föderation teilnehmende Staat seine volle Souveränität. Weitere Artikel sprachen sich über die künftige Titelführung und über einen Reichstag aus, der in Frankfurt tagen und über die gemeinsamen Interessen der Konföderierten befinden und Streitigkeiten zwischen ihnen schlichten sollte. Er sollte aus zwei Kollegien bestehen, einem der Könige und einem der Fürsten, das Präsidium der Fürstprimas innehaben. Art. 12 erklärte den Kaiser der Franzosen zum Protektor des Rheinbunds. Gemäß Art. 35 gingen die Vertragspartner ein Bündnis ein, demzufolge jeder Krieg, in den einer von ihnen verwickelt wurde, alle anderen zum Beistand verpflichtete. Frankreich, der weitaus mächtigste der an diesem Vertrag beteiligten Staaten, hatte dann 200 000 Mann bereitzustellen, die anderen Unterzeichner insgesamt 63 000 Mann, davon Bayern mit 30 000 Mann fast die Hälfte. Die Rheinbundfürsten wurden so Gefolgsleute in Frankreichs Kriegen. Eine lange Reihe von Artikeln zählte die Territorien auf, die jeder der Rheinbundfürsten sich aneignen durfte. Die mit dem Reichsdeputationshauptschluss wenige Jahre zuvor begonnene Gebietsbereinigung wurde so gründlich fortgesetzt.

Die Gründung des Rheinbunds wurde sofort nach Berlin mitgeteilt und Preußen dabei aufgefordert, ein norddeutsches Reich zu bilden. In einer Unterredung mit dem österreichischen Sonderbeauftragten General Vincent, die schließlich recht erregt wurde, nannte Napoleon am 22. Juli den Rheinbund einen rechtmäßig geschaffenen Zusammenschluss. Das Reich habe aufgehört zu bestehen, die deutsche Kaiserwürde sei ein Titel ohne Grundlage, Franz II. solle die Reichskrone spätestens am 10. August niederlegen. Füge er sich diesem Verlangen nicht, würden französische Truppen

## I. Das Ende des alten Reiches

den Inn überschreiten und der Krieg beginne erneut. Er fügte an, dass er den Titel nicht für sich erstrebe, er sei mit dem Titel eines Kaisers der Franzosen und eines Protektors des Rheinbundes zufrieden. Komme es aber zu einem neuen Kriege, könnte er den Titel eines Kaisers des Okzidents annehmen. In Wien trug der französische Gesandte das Verlangen nach der Niederlegung der Reichskrone vor. Außenminister Stadion sagte das erst zu, nachdem ihm versichert worden war, Napoleon werde sie sich nicht aufsetzen.

Am Reichstag teilte der französische Gesandte am 1. August die Gründung des Rheinbundes mit. In seiner Erklärung hieß es, die Reichsverfassung sei nur noch ein Schatten ihrer selbst. Deshalb erkenne der Kaiser der Franzosen ihre Existenz nicht länger an. Im Interesse des Friedens habe er den Titel eines Protektors des Rheinbundes angenommen. Ihm sei sehr an der Ruhe Europas und insbesondere Deutschlands gelegen. Napoleon wurde in dieser Ansprache als wahrer Friedensfürst vorgestellt, als Werkzeug der Vorsehung, dem es um das Glück der ganzen Welt gehe. Dann wurde die in Paris redigierte Erklärung der Rheinbundfürsten verlesen. Einleitend hieß es, die Begebenheiten der drei letzten Kriege, die Deutschland beinahe ununterbrochen beunruhigten, und die daraus erwachsenen politischen Veränderungen »haben die traurige Wahrheit in das hellste Licht gesetzt, daß das Band, welches bisher die verschiedenen Glieder des deutschen Staatskörpers miteinander vereinigen sollte, für diesen Zweck nicht mehr hinreiche, oder vielmehr, daß es in der Tat schon aufgelöst sei«. Das sei jedem Deutschen bewusst, die Erfahrung der letzten Jahre habe die Hinfalligkeit der fehlerhaft gewordenen Verfassung bestätigt. Zum Beleg dafür wurde auf die Trennung des nördlichen und des südlichen Deutschland im Jahre 1795 verwiesen. »Von diesem Augenblicke an mußten notwendig alle Begriffe von gemeinschaftlichem Vaterlande und Interesse verschwinden, die Ausdrücke Reichskrieg und Reichsfrieden wurden Worte ohne Schall; vergeblich suchte man Deutschland mitten im Reichskörper.« Die von allem Schutz entblößten Reichsfürsten in der Nähe Frankreichs sahen sich, so hieß es weiter, gezwungen, sich durch Separatfrieden vom allgemeinen Verband zu trennen. Der Friede von Lunéville und mehr noch der Reichsschluss von 1803 hätten zwar die Möglichkeit enthalten, der deutschen Reichsverfassung neues Leben zu geben, aber die Ereignisse der vergangenen zehn Monate »haben auch diese letzte Hoffnung vernichtet und die gänzliche Unzulänglichkeit der bisherigen Verfassung aufs Neue außer allem Zweifel gesetzt«. Die Fürsten des südlichen und westlichen Deutschland sähen sich deshalb veranlasst, eine neue Verbindung einzugehen und



Franz II., von 1792 bis zur Niederlegung der kaiserlichen Würde am 6. August 1806 letzter Kaiser des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation, proklamierte sich am 11. August 1804 zum Kaiser von Österreich und begründete damit das Kaisertum Österreich, das er als Franz I. bis zu seinem Tode 1835 regierte.

sich vom bisherigen Reichskörper loszusagen. Abschließend wurde die Hoffnung ausgesprochen, dass der Kaiser der Franzosen die Aufrechterhaltung der neuen Ordnung der Dinge in Deutschland und die Befestigung der inneren und äußeren Ruhe sich angelegen sein lasse. Diese Ruhe sei der »Hauptzweck« des rheinischen Bundes.<sup>11</sup>

Am 6. August kündigte der Reichsherold in Wien öffentlich eine Kundmachung des Kaisers an und verlas sie sodann. In seiner Erklärung stellte Franz II. fest, die Ereignisse in Deutschland seit dem Preßburger Frieden hätten ihn davon überzeugt, dass es nicht mehr möglich sei, die durch den Wahlvertrag – von 1792 – übernommenen Verpflichtungen weiterhin zu erfüllen. Er verwies darauf, dass nach der gänzlichen Trennung mehrerer vorzüglicher Stände vom Reich »und ihrer Vereinigung zu einer besonderen Conföderation« eine Besserung nicht mehr zu erwarten sei. Angesichts der völligen Unmöglichkeit, die Pflichten des kaiserlichen Amtes noch zu erfüllen, sei er es seinen Grundsätzen und seiner Würde schuldig, auf

## I. Das Ende des alten Reiches

eine Krone zu verzichten, die nur so lange Wert haben konnte, als er dem von den Kurfürsten, Fürsten und Ständen und den übrigen Angehörigen des Reichs ihm bezeugten Zutrauen entsprechen und die übernommenen Obliegenheiten zur Genüge wahrnehmen konnte. »Wir erklären demnach durch Gegenwärtiges, daß Wir das Band, welches uns bis jetzt an den Staatskörper des Deutschen Reiches gebunden hat, als gelöst ansehen, daß Wir das reichsoberhauptliche Amt und Würde durch die Vereinigung der konföderierten rheinischen Stände als erloschen und uns dadurch von allen übernommenen Pflichten gegen das Deutsche Reich losgelöst betrachten und die von wegen desselben bis jetzt getragene Kaiserkrone und geführte kaiserliche Regierung, wie hiermit geschieht, niederlegen.« Er entband die Kurfürsten, Fürsten und Stände und alle Reichsangehörigen, insbesondere die Mitglieder der höchsten Reichsgerichte und die übrige Reichsdienerschaft, von den Pflichten, »womit sie an Uns, als das gesetzliche Oberhaupt des Reichs, durch die Constitution gebunden waren«. Für seine deutschen Provinzen und Reichsländer sprach er die Lösung von den Pflichten aus, die sie gegenüber dem Reich hatten, und verkündete, er werde es sich angelegen sein lassen, sie »in ihrer Vereinigung mit dem ganzen österreichischen Staatskörper« zu Glück und Wohlstand zu führen.<sup>12</sup>

Diese Kundgebung war die förmliche Todeserklärung für das seit langem dahinsiechende Reich. Sie wurde von den Deutschen nicht nur resigniert wahrgenommen, sondern löste Trauer und Betroffenheit aus, wie vor allem private Zeugnisse zeigen. Herzogin Luise von Weimar etwa sagte in einem Brief, dass sie eigentlich auf schwarzumrandetem Papier hätte schreiben müssen, »zum Zeichen unserer Trauer über das tragische Ende der deutschen Verfassung«, diese Trauer sei tief in ihre Seele eingegraben.<sup>13</sup> Die deutschen Fürsten verzichteten auf öffentliche Äußerungen zum Ende des Reiches. Sie hielten sich vorsichtig zurück, da die Dinge nicht mehr zu ändern waren und sie nicht den Zorn Napoleons wecken wollten. Der englische König als Kurfürst von Hannover und der schwedische König als Herzog von Vorpommern, beide noch im Krieg mit Frankreich stehend, legten Protest ein. Sie sahen das Ende des Reiches als rechtsunwirksam an und hielten an dieser Position in den folgenden Jahren fest. In der Mitteilung darüber an seine deutschen Untertanen sagte König Karl Gustav IV., wenn auch die heiligsten Verbindungen gelöst seien, die mehr als tausend Jahre das Deutsche Reich zusammenhielten, »so kann doch niemals die deutsche Nation vernichtet werden, und durch die Gnade des Allerhöchsten wird Deutschland dereinst aufs neue vereinigt zu Macht und Ansehen wieder hergestellt werden.«<sup>14</sup> In der Presse wurden die Erklärungen vom